



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Zur Geschichte der Preußischen Verwaltung im Regierungsbezirk Düsseldorf

Bammel, Adolf

Düsseldorf, 1912

5. Polizeiwesen

Nutzungsbedingungen

[urn:nbn:de:hbz:466:1-55577](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-55577)

thekentkapital bei Befriedigung des Baubedürfnisses des Bezirks spielen (der ländliche Realkredit beruht leider nur zum geringen Teile auf den Hypotheken der Sparkassen). Die Regierung als Aufsichtsbehörde hat bei den von ihr vorgenommenen örtlichen Revisionen sich die Prüfung dieses mächtigen Hypothekenbestandes besonders angelegen sein lassen, daneben die Sicherung der Sparkassen durch Gegenbuchführung betrieben und die reichlichen Überschüsse, die nach Ansammlung ausreichender Reserven sich ergeben haben, auf gemeinnützige Zwecke beschränkt. Mit diesen außerordentlichen Mitteln (11 bis 12 Millionen in den letzten 10 Jahren, mehr als 2 Millionen im letzten Jahre) sind großenteils die vielen Werke geschaffen worden, wodurch die niederrheinischen Gemeinden ihren Gesundheitszustand verbessert und soziale Fortschritte gemacht haben. Als häufig wiederkehrende Verwendungszwecke der Sparkassenüberschüsse mögen hervorgehoben werden: Kanalisation von Ortschaften, Anlegung von Stadtwäldern, Stadtparks und Volksgärten, Unterhaltung von Verschönerungsanlagen, Einrichtung von Badeanstalten, Verbesserung des Feuerlöschwesens, Unterhaltung von Fortbildungs- und Fachschulen und Volksbüchereien, Besoldung von Schulärzten, Entsendung von Lungenkranken in Heilstätten, Mittagsspeisung armer Schulkinder, zahlreiche Beiträge der Gemeinden zu gemeinnützigen Vereinen, Bewilligung von Ehrengaben an Kriegsteilnehmer.

Das Sparkassenwesen des Regierungsbezirks kommt durch die reichlich vorhandenen Sparstellen den Leistungen des Postsparkassensystems ziemlich nahe und ist diesem durch die günstige Verzinsung, die Förderung des örtlichen Kredits und durch die Verwendung der erzielten Überschüsse überlegen.

Die örtliche Polizeiverwaltung war bis auf die neueste Zeit den Kommunal- 5. Polizeiwesen behörden des Regierungsbezirks überlassen. Um eine bessere Vorbildung der Polizei-Exekutivbeamten in den größeren Städten zu erzielen, wurde gemäß einer Anregung des Regierungs-Präsidenten von Hülleußer von den sechs größten Städten des Bezirks auf gemeinschaftliche Kosten eine Polizeischule in Düsseldorf eingerichtet, in welcher die Anwärter des kommunalen Polizeidienstes über die gesetzlichen Bestimmungen ihres Faches usw. Unterricht erhalten. Diese seit 1901 mit großem Nutzen wirkende Anstalt wurde später auch für die von Gemeinden anderer rheinischer Regierungsbezirke entsandten Anwärter zugänglich und ihr Zeugnis befreit von der Prüfung, die sonst von kommunalen Polizeibeamten vor der Anstellung abzulegen ist. — Als in den letzten Jahren im Industriebezirke die Polizeigewalt durch das Ausscheiden größerer Städte aus den Landkreisen immer mehr zu zersplittern drohte, während die beständige Zunahme einer fluktuierenden, großenteils ausländischen Bevölkerung gerade eine einheitliche Leitung der Polizeigeschäfte dringend erforderte, wurde die Polizeidirektion in Essen errichtet, die in den Stadtkreisen Essen und Oberhausen und den industriellen Bürgermeistereien des Landkreises Essen die Sicherheits-, politische, Fremden- und Kriminalpolizei nebst einigen bau- und gewerbepolizeilichen Befugnissen auszuüben hat. Dem Polizei-Präsidenten sind für diese umfangreiche Verwaltung neben einigen höheren Beamten und einem großen Bureaupersonal gegen 700 polizeiliche staatliche Exekutivbeamte (Polizeiwachtmeister und Schutzmänner) unterstellt.

Die Beschäftigung des Polizeibezernats der Regierung in der Aufsichts- und Beschwerdeinstanz in den bezeichneten Verwaltungszweigen ist durch die neue königliche Behörde sehr vermehrt worden. Auch die Änderungen, welche bei dieser Verwaltung sonst eingetreten sind, können als Folge großstädtischer und industrieller Entwicklung angesehen werden. Straßenverkehr, Gasthauspolizei und Lustbarkeiten, Vereinswesen und Presse bedeuten heute etwas anderes als vor einigen Jahrzehnten, und die 100 000 Polen im Düsseldorfer Anteil des Industriebezirks sind ein Ergebnis der neuesten Zeit und tragen gleichfalls zur Steigerung der Amtsgeschäfte bei*.

Fast 100 Gendarmen waren in 30 Stationsorten schon im Jahre 1866 im Regierungsbezirke angestellt; ihre Ziffer ist, obwohl in den selbständig gewordenen Städten die Gendarmen durch kommunale Exekutivbeamte ersetzt wurden, auf nahezu 300 gestiegen, dann aber durch die Errichtung der königlichen Polizeidirektion in Essen wieder herabgegangen. Ihre Stellung ist durch die dichtere Besiedelung und eine massenhafte ausländische Bevölkerung schwieriger geworden. Doch ist es gelungen, einen den gesteigerten Anforderungen genügenden Gendarmen-Ersatz zu halten, wozu die ausgiebige Wohnungsfürsorge wesentlich beigetragen hat. Nur wenige Gendarmen entbehren jetzt noch einer Dienstwohnung, die regelmäßig von den Gemeinden hergestellt und vom Staate gemietet wurde. — In den Städten Emmerich und Kaldenkirchen sind auf Grund des Deutsch-niederländischen Niederlassungsvertrages besondere Stationen eingerichtet, die bei der Übernahme der von Holland über die deutsche Grenze ausgewiesenen Personen ständig beschäftigt sind. Die Ausweisungen lästiger Ausländer aus dem Reichsgebiete, welche von der Ortspolizeibehörde verfügt werden, sind an die Zustimmung des Regierungs-Präsidenten gebunden; sie betreffen nur selten die zahlreichen Holländer, die sich des Erwerbs wegen im Bezirke aufhalten und, wenn die Söhne ins militärpflichtige Alter kommen, die Aufnahme in den Reichsverband zu beantragen pflegen**.

6. Gefängniswesen

Spät erst, aber dann gründlich ist das zur Verwaltung des Innern gehörige Gefängniswesen verbessert worden. Drei große, ausschließlich für Einzelhaft eingerichtete Gefängnisse nebst vielen Dienstwohngebäuden sind in Düsseldorf, Anrath und Lüttringhausen eingerichtet, die Zellenanstalt in Elberfeld bedeutend erweitert und das Männer-Zuchthaus in Werden, wiederum unter Vermehrung der Zellenzahl, im Innern gänzlich umgebaut. Die mit dem Besserungszwecke des Strafvollzugs unvereinbare Gemeinschaftshaft findet fast nur bei Gewohnheitsverbrechern noch eine beschränkte Anwendung. In einigen Jahren wird an Stelle der jetzigen Gefängnisräume des Clever Schlosses eine dortige neue Anstalt treten. Im Gefängnis in Anrath ist die ausschließliche Beschäftigung der Gefangenen für den Bedarf des Fiskus selbst, und zwar zum Teil mit Anfertigung von Druckformularen für Behörden aller Provinzen, durchgeführt worden.

* Dagegen mag daran erinnert werden, wie sehr die Sorgen verringert sind, welche die Feuergefährdung ehemals verursachte. Eine andere große polizeiliche Not früherer Jahrhunderte, die Vagabundenplage, fehlt freilich die heutigen Gendarmen nicht minder in Bewegung als die vormaligen „Polizei-ausreuter“.

** Von 430 Einbürgerungsurkunden, die durchschnittlich in jedem der drei letzten Jahre an Ausländer erteilt wurden, betrafen 274 Holländer und 76 Österreicher. Einschließlich der Familienangehörigen erlangen jährlich in Düsseldorf etwa 1200 Ausländer die preussische Staatsangehörigkeit. — Die Zahl der an Inländer erteilten Entlassungsurkunden betrug in dem gleichen Zeitraume nur 66 im Jahre.